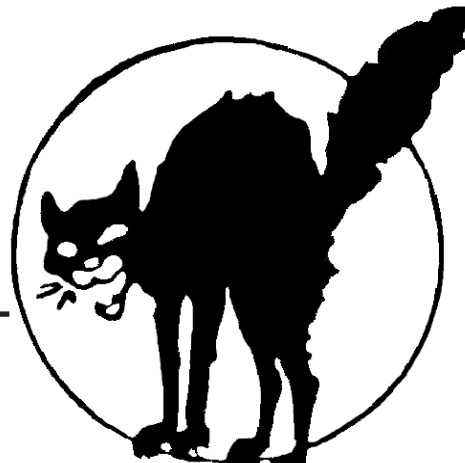


di schwarzi chatz

Zeitung der Freien Arbeiter_innen Union in der Schweiz



Pflege in Not

Die Schweiz wird älter: Nebst der stetig steigenden Lebenserwartung gehen die Geburten zurück. Angesprochen wird dieses Problem schon lange bei den Altersversicherungen mit Umlageverfahren¹. Doch was gleichzeitig ein Problem werden wird, ist die Pflege der zukünftigen Alten. Ohne die Migration wäre die Pflege in der Schweiz nicht möglich. Trotzdem ist die Pflege jetzt schon am Anschlag. Darunter leiden nicht nur sie.



Selbstständigkeit im Heim

Wer in ein Altersheim kommt, wird ziemlich sicher auch dort sterben. Wer Glück hat, lebt noch Jahrzehnte selbstständig darin. Dann ist es wie eine Wohnung mit einer ständigen Spitex. Man kann selbstständig an Veranstaltungen teilnehmen, einkaufen, Freund*innen und Bekannte treffen. Mensch lebt unabhängig, aber kriegt Unterstützung, wo sie nötig ist.

Der Übertritt in ein Altersheim hat aber leider auch andere Gründe. Oftmals geschieht er aus Zwang: Die Person ist aufgrund eines Unfalls oder aufgrund einer Krankheit, meistens Demenz, nicht mehr fähig, selbstständig zu wohnen. Oftmals

sind es dann die Angehörigen, welche den Übertritt anregen oder gar erzwingen. Gerade Bewohner*innen mit Demenz wollen daher immer „zurück nach Hause“. Viele wissen nicht mehr, dass sie nun dauerhaft im Altersheim wohnen. Für sie ist es lediglich ein Besuch oder ein Ausflug. Menschen mit Demenz brauchen daher viel Aufmerksamkeit und Betreuung. Doch Zeit ist in den Schweizer Durchschnitts-Altersheimen Mangelware.

¹ Umlageverfahren heisst, dass die jetzigen Einzahler*innen die Renten der heutigen Rentner*innen bezahlen. Dies geschieht in der 1. Säule bzw. AHV, in der 2. Säule legt die Pensionskasse die einbezahlten Beiträge an, um bei der Pensionierung dein einbezahltes Geld wieder auszuschütten.

(weiter auf Seite 2)

Januar/Februar 2020

Nr. 62, 12. Jahrgang

ISSN 1664-6096

www.faubern.ch | zeitung@faubern.ch

In dieser Ausgabe

Gewerkschaftsfeind Coca-Cola 3

Auf den Philippinen diffamiert das Unternehmen Gewerkschafter*innen und gibt sie so zum Abschuss frei. Nicht das erste Mal in der Geschichte des Unternehmens.

Pfleger*innen behalten recht 5

Nach der Kündigung forderten Pflegekräfte in Halle DE unbezahlte Löhne ein. Nun gab ihnen das Gericht recht.

Ein anderer Ansatz für den Syndikalismus? 6

Vor einem Jahr erschien ein Buch, dass den aktuellen Kurs des Syndikalismus¹ in Frage stellt. Doch wie sieht es mit der vorgebrachten Kritik in der Schweiz aus?

Kurzer und kritischer Blick auf die Ereignisse des Novembers 1922 in Ecuador 8

Teil 1 dieser Übersetzung behandelt die Geschehnisse um den vergessenen Generalstreik in Ecuador, und warum er scheiterte.

Rubriken
Buchrezension 11
Rechtliches 12

Ein neues Jahr hat begonnen und mit ihm auch ein neues Jahrzehnt. Für die FAU Bern beginnt das 3. Jahrzehnt. Wir feiern 20 Jahre FAU Bern! Danke an alle, welche uns unterstützt haben.

*In Frankreich wurde der Jahreswechsel von der Fortführung der Proteste und Streiks gegen die Rentenreform der Regierung Macron begleitet. Es geht um die Verteidigung ihrer erkämpften Renten und Pensionsalter. Wir wünschen den Genoss*innen viel Erfolg und Durchhaltewillen.*

*Anfangs Jahr eskalierte die Situation im Nahen Osten erneut, da Trump einen hohen General des Irans ermorden liess. Seither gehen die Wogen in beiden Regierungen wieder hoch. Bezahlen für dieses Kräftemessen wird natürlich wieder mal die Arbeiter*innenklasse, welche als Kollateralschaden zerbombt wird. Doch die Proteste in den USA, im Irak, im Iran und in der ganzen Region nehmen zu. Viele haben genug von der Kriegstreiberei ihrer Führer*innen, und der Korruption, welche ihnen folgt.*

Union Busting, die Zerschlagung von Gewerkschaften, war auch 2019 immer noch ein grosses Thema. Auf den Philippinen und in Indonesien versuchte Coca Cola aufstrebende, unabhängige Gewerkschaften mit Entlassungen abzuschrecken, oder gar mit dem Tod zu drohen. Dies ist sozusagen ein altes Erfolgsrezept des Getränkeriesen.

In den USA zerbricht im Silicon Valley hingegen die schöne heile Welt. Denn auch dort verlieren die Angestellten das Vertrauen in ihre millionenschweren Bosse und versuchen sich zu organisieren. Der ewig nette Gigant Google versucht dies mit Entlassungen zu verhindern. Doch dies schürt das Feuer der Unzufriedenheit nur noch weiter.

*Wir sollten nicht vergessen, dass Union Busting auch ein Zeichen der Angst ist. Nichts lässt die Chef*innen von Cola, Google und Co. schlechter schlafen, als wenn sich ihre Ausgebeuteten zusammenschliessen.*

*Solidarische Grüsse
eure Fauistas*

Pflegenotstand

(von Seite 1)

Massiver Pfleger*innenmangel droht

Die Pflege in der Schweiz steuert auf einen massiven Mangel zu. Dies liegt auch an der oben erwähnten Überalterung der Gesellschaft. Während die Anzahl an Pflegefällen steigen wird, kommt mensch hierzulande mit der Ausbildung nicht nach. Es mangelt an Nachwuchs. Denn kaum jemand will in einer Branche arbeiten, welche solch beschissene Arbeitsbedingungen hat.



Unterbezahlt und übertaktet

Frisch aus der Berufslehre verdient mensch im Schnitt 4'500 Franken im Monat. Etwa gleich viel wie in der Gastronomie. Und ähnlich beschissen sind die Arbeitszeiten. Da es sich hier auch um eine Art Dienstleistung an Menschen geht, gibt es gewisse Spitzenzeiten. In der Pflege ist dies der Morgen, an denen die Menschen gepflegt und aus dem Bett gebracht und verpflegt werden müssen, falls sie nicht komplett bettlägerig sind. Am Mittag kommt nochmals das Essen, welches meist den Transport beinhaltet, danach je nach Fall zurück ins Bett. Der letzte Peak gibt es nochmals zum Nachtessen bzw. danach, um die Menschen bettfertig zu machen. Da sich die Zeiten zwischen diesen Spitzenzeiten nicht „lohnen“ für die Firmen, sind Zimmerstunden nichts Ungewöhnliches. Das heisst meistens, dass Schichten schon früh beginnen, z.B. um sieben Uhr und es dann nach dem Mittag mehrere Stunden Pause gibt. Es ist nicht ungewöhnlich, dass nach der Pause noch bis um acht Uhr gearbeitet werden muss. Und am nächsten Tag geht es um sieben wieder los.

Beziehungen gehen verloren

Personalmangel und zunehmendes ökonomisches Denken in den Pflegebereichen führen dazu, dass die Pflege stets auf dem Sprung ist. Eine Pflegestelle „zu viel“ wäre ökonomisch schlecht, für die Pflegenden und Bewohner*innen jedoch eine massive Entlastung. Was bei diesem Kostendruck verloren geht, sind die zwischenmenschlichen Beziehungen zu den Bewohner*innen. Doch genau diese sind wichtig, um sich auf die Menschen einzulassen, ihre Wünsche berücksichtigen zu können und befriedigende Pflege auf beiden Seiten machen zu können. Ohne Zeit wird die Person zur Ware, welche abgefertigt werden muss.

Und wenn dann zu viel Stress und/oder Probleme im Privatleben dazu kommen, kann dies auch zu Gewalt führen. Besonders bei Menschen mit schwierigem Verhalten aufgrund von Demenz steigt die Bevormundung, da die eng getaktete Arbeit weder Geduld noch Aushandeln erlaubt.

Eine dauernd schreiende Person kann dann schon mal medikamentös ruhig gestellt werden. Temesta, ein Beruhigungsmittel, welches Benzodiazepin enthält, ist keine Seltenheit in Altersheimen, kann jedoch auch nicht einfach gegeben werden, wenn die Pflege grad Lust hat. Eine sich gegen die Pflege wehrende Person kann so auch „gefügig“ gemacht werden. Denn im eng getakteten Betrieb warten noch weitere Bewohner*innen.

Das Problem in diesem Beruf ist, dass Arbeit aufgrund der Unterbesetzung oder anderer schlechter Arbeitsbedingungen nicht einfach liegengelassen werden kann, sondern die gleiche Arbeit in weniger Zeit oder schlechter gemacht werden muss. Dies ist weder für die Pfleger*innen angenehm, noch für die zu Pflegenden.

Gesundheitsprobleme

Die miserable Bezahlung ist ein Symptom für die Geringschätzung des Berufs. Wer in der Pflege arbeitet, hört stets, dass

(Fortsetzung auf Seite 4)

Gewerkschaftsfeind Coca-Cola

Erneut Vorfälle von Union Busting bei Coca Cola. Auf den Philippinen werden Gewerkschaften diffamiert, Gewerkschafter*innen bedroht und zum Abschluss freigegeben. Dies hat lange Tradition bei Coca Cola.

Die Liste der Vergehen der Coca Cola Company wird länger. Es geht um etwas, was Coca Cola schon seit langem begleitet. Immer wieder kooperieren die Abfüllanlagen mit Staaten, Paramilitärs und Gangs, um unliebsame Gewerkschaften und Gewerkschafter*innen aus dem Weg zu schaffen oder mundtot zu machen. Nun sind neue Berichte aus den Philippinen aufgetaucht, welche das Unternehmen stark belasten.

„Subversive Organisationen“

Das lokale Management versucht die Gewerkschaften in den Philippinen als subversive Organisationen darzustellen, welche den Terrorismus fördern. Dies wird auch als „Red-tagging“ bezeichnet: Eine Organisation oder Person wird öffentlich als linksterroristisch gebrandmarkt. Dies funktioniert, da der Staat schon seit 1971 gegen die Kommunistische Partei und deren bewaffneten Arm, der „Neuen Volksarmee“ bzw. *Bagong Hukbong Bayan* BHB, kämpft. Philippinische Unternehmen versuchen daher unliebsame Gewerkschaften und Menschenrechtsaktivist*innen als der BHB nahestehend darzustellen und sie somit inoffiziell zum Abschluss freizugeben.

Unterstützt wird dieser äusserst aggressiv betriebene Klassenkampf von oben durch den Präsidenten Rodrigo Duterte. Sein „Krieg gegen Drogen“ bzw. gegen Progressive und Linke führt immer wieder zu Lynchmorden und Bedrohungen. Seit seinem Amtsantritt 2016 wurden bereits 43 Gewerkschafter*innen gezielt umgebracht. Die Botschaft dahinter ist klar: Wer sich in den Weg der Mächtigen und Reichen in den Philippinen stellt und sich für die Arbeiter*innen einsetzt, riskiert sein Leben.

Schmierkampagnen

Red-Tagging ist nicht die einzige Methode, Gewerkschaften fertig zu machen. Die *International Union of Food Workers IUF*, ein internationaler Gewerkschaftsverband, berichtet über zwei spezifische Vorfälle in den Philippinen¹.

Am 5. Oktober berief das Management der Coca-Cola-Fabrik in Bacolod Stadt eine Arbeiter*innenversammlung ein. Dort stellte sich unter Begleitung zweier „Polizist*innen“ ein gewisser Ka Tom Mateo vor. Dieser gab vor, ein ehemaliger Guerilla zu sein und bezeichnete die Gewerkschaft als subversive Organisation und forderte die Gewerkschaftsmitglieder zum Austritt aus der Gewerkschaft auf.

Am 17. Oktober besuchten zwei Männer, welche sich als Militäroffiziere ausgaben, einen Funktionär der Gewerkschaft in der gleichen Fabrik. Sie bezogen sich auf das oben genannte Treffen und baten den Funk-



tionär um die Mithilfe beim Sturz des jetzigen Gewerkschaftspräsidenten. Gleichzeitig fragten sie, warum jener Gewerkschaftspräsident an einem internationalen Treffen der IUF mit dem Coca-Cola-Management teilgenommen habe. Zum Schluss bemerkten die beiden, dass der Staat Wege und Mittel habe, um Störenfriede verstummen zu lassen. Dies war ganz klar eine Todesdrohung an gewerkschaftlich Aktive.

Kein Einzelfall

Es wäre nicht das erste Mal, dass Coca Cola und seine Tochterfirmen nicht nur Union Busting betreiben, sondern auch vor Mord nicht zurückschrecken.

1996 wurde früh morgens der lokale Gewerkschaftsvorsitzende vor den Fabriktoren der Cola-Fabrik in Carepa, Kolumbien, exekutiert. Eine Stunde später schlug die Entführung eines weiteren Gewerkschafters durch die Paramilitärs nur knapp fehl. Abends verwüsteten die Paramilitärs das Büro der Gewerkschaft und zündeten es an. Tags darauf begab sich erneut ein Kommando der Paramilitärs zur Fabrik und setzten den Arbeiter*innen ein Ultimatum: Bis um 16:00 Uhr sollten alle aus der Gewerkschaft austreten, oder ihnen blühe das gleiche Schicksal wie ihrem Gewerkschaftschef. Die Gewerkschaft wurde erfolgreich zerschlagen.

Der Zeitpunkt dieser Gewerkschaftszerschlagung war nicht zufällig. Die Gewerkschaft befand sich zu diesem Zeitpunkt in einem erfolgreichen Arbeitskampf und stand kurz vor einem Sieg gegen das Management. Nach dessen Zerschlagung kamen natürlich auch die Verhandlungen zum Stillstand, bzw. nahm das Management keine weiteren Verhandlungen mit den Arbeiter*innen auf. Siebenundzwanzig Gewerkschaftsmitglieder verliessen aus Furcht die Fabrik und wurden mit Arbeiter*innen ersetzt, welche nun zum Mindestlohn arbeiteten. Noch zwei Monate waren Paramilitärs vor der Fabrik in Stellung. Das Management nahm dies stillschweigend hin. Es war bekannt, dass der Chef der Fabrik mit den Paramilitärs zusammenarbeitete.

In jedem dieser Fälle profitiert Coca Cola und seine Subunternehmen massiv von diesen Übergriffen. Wie so viele Grosskonzerne übernimmt die globale Leitung des Unternehmens sehr gerne die Verantwortung für die dadurch erzielten Profite, jedoch nie für die begangenen Gräueltaten. Doch die Weste dieses Giganten ist so blutrot wie die, des Santas in ihrer Weihnachtswerbung.

FAT

¹ Das offizielle Statement findet ihr unter: <http://www.iuf.org/w/?q=node/7250>

Pflegenotstand

(von Seite 2)

man nur den Arsch abwische etc. Tatsächlich ist es jedoch ein Knochenjob, so wie die Pflege momentan organisiert ist. Mensch rennt von Zimmer zu Zimmer, oftmals führt der Mangel an Liften im mehrstöckigen Gebäuden dazu, dass unzählige Treppenstufen erklimmen werden müssen, da man sonst Zeit verliert. Gleichzeitig müssen mehrmals pro Tag Menschen angehoben werden. Die 25 Kilo maximal, welche die SUVA als Limite betrachtet, werden oft überschritten. Teilweise hat niemand Zeit, dir zu helfen und du musst die Person irgendwie selbst anheben. Ein*e Bewohner*in des Altersheims, in dem ich Zivildienst leistete, war selbst viele Jahre in der Pflege tätig und litt nun an starken Rückenschmerzen. Das ist momentan das drohende Schicksal der Pflege: Gesundheitliche Probleme aufgrund der starken Belastung, so dass mensch selbst mal zum Pflegefall zu werden droht.

Gleichzeitig droht mit dem geringen Lohn auch eine schlechtere Altersvorsorge, dies wird noch schlimmer dadurch, dass die meisten in der Pflege nur Teilzeit arbeiten. Auch um sich selbst zu schonen – oder um zuhause weiter zu pflegen oder zu erziehen.

Hälfte springt ab

Die gesundheitlichen Beschwerden, der Stress, die schlechten Arbeitszeiten und die miserable Bezahlung führen dazu, dass der Beruf selten lange ausgeübt wird. Rund die Hälfte aller in diesem Bereich Tätigen, springt früher oder später ab. Auch deshalb, weil viele Frauen diesen Beruf ausüben und im Falle einer Geburt des eigenen Kindes sich erstmals um dieses kümmern (müssen bzw. sollen).

Denn die Pflege ist momentan ein „Frauen-“Beruf. Er ist ein typischer Care-Beruf und wird daher eher Frauen zugeschrieben. Wie so oft führt dies nicht nur zu geringen Löhnen, sondern eben auch zu weniger Anerkennung in der Gesell-

schaft. In beiden Altersheimen, in denen ich gearbeitet habe, waren Männer eine Seltenheit, und wenn es vorkam, dann waren sie meist in höheren Positionen, also Stations- oder Teamleiter. Neben der Geschlechteraufteilung ist auch die Aufteilung nach Aufenthaltsstatus besonders: Der Grossteil der Pflege besteht aus Migrantinnen. Dabei handelt es sich nicht selten um Menschen, welche in ihrer vorherigen Stelle weitaus mehr Kompetenzen hatten, welche in der Schweiz nicht anerkannt werden – und somit auch der Lohn gedrückt wird. Dies ist momentan auch die Lösung, welche die Politik anbietet: Sollens doch die Migrant*innen machen! Besonders Flüchtlingen wird eingeredet, sie sollen doch in der Pflege arbeiten gehen.



Zivildienstleistende sind ein willkommenes Mittel der Altersheime. Doch die mässig ausgebildeten Zivis können keine Pflegekraft ersetzen.

Klassische Streiks sind schwierig

Die Pflege ist ein gutes Beispiel dafür, wie schlecht „der Markt“ funktioniert. Laut all den neoliberalen Theorien von Angebot und Nachfrage sollten die Löhne und die Arbeitsbedingungen in der Pflege massiv in die Höhe schnellen, da schon heute ein starker Mangel an Personal vorliegt. Doch dies geschieht nur mässig. Denn sowohl Krankenkassen wie auch die mittlerweile profitorientierten Altersheime leben mit der momentanen Lage sehr gut: Der Mangel an Personal bedeutet weniger (Lohn-)kosten. Da sich das Kapital einen Dreck um die Zukunft schert, ist für die profitorientierten Unternehmen dieser Zustand voll in Ordnung. Dass schon jetzt viele

Pfleger*innen fehlen, zu wenige ausgebildet werden und auch in Zukunft viele abspringen werden, ist für kurzfristig agierende Unternehmen momentan nicht ein Problem. Vor allem da es schwierig ist, die Arbeit ganz niederzulegen: Darunter könnten die Bewohner*innen und andere Mitarbeiter*innen am stärksten leiden. Denn jemand muss arbeiten. Trotzdem gibt es immer wieder Beispiele für erfolgreiche Streiks und andere Kampfmittel.

Pflege beinhaltet auch viel Administration. Zeit, welche die Pflege andernorts sinnvoll einsetzen könnte. Nämlich in der Betreuung der Bewohner*innen. Stattdessen muss man Stunden z.B. im Admin-Tool *Easydok*, vergeuden, damit die Krankenkassen auch schön alles bezahlen. Und genau dort kann auch angesetzt werden. Ein Administrativstreik verweigert genau jene Leistungsdokumentation und so trifft es die Finanzen des Unternehmens, jedoch nicht die Bewohner*innen.

Gleichzeitig können die Heimleitungen nicht einfach wahllos organisierte Pfleger*innen vor die Tür setzen, da schon jetzt Pfleger*innen fehlen.

Die Probleme in der Alterspflege sind also vielschichtig, und dieser Artikel hat noch nicht mal den Spitex-Bereich

angeschnitten, welcher seit ein paar Jahren kaputt gespart wird. Gleichzeitig hat die Politik in Bundesbern mehrmals gezeigt, dass sie von sich aus nichts ändern wird, bis es zu spät ist. Eine echte Veränderung kann nur von unten angestossen werden. Durch Zusammenhalt, Organisation und dem Willen zur Veränderung am Arbeitsplatz. Ein Beispiel für einen Arbeitskampf findet ihr in dieser Ausgabe von der FAU Halle (DE). Denn der Pflegemangel bedeutet gleichzeitig, dass nicht einfach „unliebsame“ Arbeiter*innen vor die Tür gestellt werden können. Denn vor der Tür wartet keine Schlange von Pfleger*innen, welche den Job übernehmen.

FAT

FAU Halle: Pfleger*innen behalten recht

Drei ehemalige Pflegehilfskräfte klagten mit Hilfe der Freien Arbeiter*innen Union FAU Halle (DE) gegen die Lebensdank Halle GmbH auf Urlaubsentgelt und Nachtschichtzuschläge. Nun gab das Arbeitsgericht Halle ihnen Recht. Ihre ehemalige Arbeitgeberin muss ihnen insgesamt rund 3500€ nachzahlen. Was war passiert?

Im November 2018 wurde zwei Patienten aus heiterem Himmel der Pflegevertrag gekündigt. Daraufhin verloren auch die neun zur 24-Stunden-Betreuung eingesetzten Studierenden ihren Job durch betriebsbedingte Kündigungen. Sie waren vorrangig nachts eingesetzt worden, erhielten dafür aber nie einen Ausgleich. Nun wandten sich drei von ihnen an die FAU Halle, um das Problem der nicht bezahlten Zuschläge für Nachtarbeit, sowie das der nicht anerkannten Urlaubsentgelte, zu lösen. Sie stellten ihre Forderungen an die Geschäftsführung der Lebensdank Halle GmbH, die zunächst eine Antwort schuldig blieb.

Flyeraktion bringt Reaktion

Erst nachdem die FAU durch eine Flyeraktion vor den Geschäftsräumen Aufmerksamkeit für den Fall herstellte, reagierte das Unternehmen mit Zurückweisung der Forderung – und einer einstweiligen Verfügung. Sie drohten der Sekretärin der FAU Halle eine hohe Geldstrafe oder sechs Monate Gefängnis an, sollte die FAU weiterhin öffentlich gegen die Lebensdank GmbH protestieren oder Pressemitteilungen mit Bezug auf sie veröffentlichen. Doch dieser Versuch, die Gewerkschaft mundtot zu machen, scheiterte bereits Anfang Juni vor Gericht¹. Am 28. November diesen Jahres folgte nun das Urteil in der eigentlichen Sache. Die ehemaligen Beschäftigten forderten jeweils rund 320€, 1300€, beziehungsweise 2500€ an Nachtschichtzuschlägen und

Urlaubsentgelt, wobei die Nachtschichtzuschläge den Grossteil ausmachten.

Streit um Definition von Nachtarbeit

Nachtarbeit leistet in Deutschland², wer in der Zeit zwischen 23 Uhr und 06 Uhr mindestens zwei Stunden Arbeit zu verrichten hat. Das regelt das Arbeitszeitgesetz in Deutschland. Ausgleich für diese Nachtarbeit erhält, wer mehr als 48 Tage im Jahr Nachtarbeit leistet, oder, wer “normalerweise Nachtarbeit im Wechselschichtsystem”, leistet. Um die schwammige zweite Option stritten sich die Pflegehilfskräfte mit ihrer ehemaligen Chefin. Zwar gab es eindeutig ein Wechselschichtsystem mit Früh-, Spät- und Nachtschicht, innerhalb dessen die geringfügig Beschäftigten eingesetzt

arbeiteten, wartete doch nach der Nachtschicht noch der Hörsaal auf sie.

Das Gericht gab den Kläger*innen nun in der Sache Recht.

„Das Urteil ist gut für Menschen, die in prekären Teilzeitbeschäftigungen schuften, und zeigt, dass es sich lohnt, sich zu wehren. Der Prozess hat aber auch offenbart, dass durch die gesetzlichen Normen die Schlechterstellung von Teilzeitbeschäftigten nicht klar verhindert wird“, sagt die Sekretärin der FAU Halle, Lisa Birkigt.

Während die Arbeiter*innen in den Krankenhäusern sich langsam zusammenfinden und immer erfolgreicher für bessere Arbeitsbedingungen kämpfen, sind die Lösungsstrategien der Ausgebeuteten in ambulanten Pflegediensten häufig noch individualistisch. Sie machen krank, wechseln den Betrieb oder gehen freiwillig in die Leiharbeit, um Überstunden zu vermeiden. Die Fluktuation erschwert den kollektiven Widerstand in den kleineren Betrieben noch mehr. Viele können die Arbeitsbedingungen nur noch in Teilzeit ertragen und landen so in einer noch prekäreren Lage. Durch die geringe Vergütung droht dann die Altersarmut.



wurden, aber natürlich nicht in dem Ausmass, wie das bei Vollzeitbeschäftigten der Fall ist. Die Minijobber*innen sollten schliesslich im Monat auf maximal 44,5 Stunden kommen.

Aus der Perspektive der Geschäftsführung Grund genug, den Nachtschichtzuschlag zu verweigern und damit gleich sämtliche Nachtschichten auf die Minijobber*innen zu verteilen. Der gesetzlich vorgesehene Ausgleich solle die zusätzliche Belastung der Nachtarbeit kompensieren und diese Belastung hätten die geringfügig Beschäftigten ja gar nicht gespürt, so die Argumentation der Unternehmensseite. Doch auch wenn die gekündigten Pflegehilfskräfte nicht 40 Stunden in der Woche

„Ich kann nur sagen, wie wichtig es ist, mit den Kolleg*innen zu sprechen und sich über Probleme auszutauschen! Wenn wir die sich immer weiter zuspitzenden Zustände in der Pflege ernsthaft verbessern wollen, dann schaffen wir das nur gemeinsam“, sagt eine der Betroffenen. “Wir sollten uns in den Betrieben viel mehr über Themen wie Dienstpläne, Urlaubsansprüche, Überstunden und auch persönliche Belastungen austauschen.”

Neben den Krankenhäusern muss auch in den ambulanten Pflegebetrieben ein höherer Organisationsgrad der Angestellten erreicht werden. Denn bessere Arbeitsbedingungen in der Pflegebranche wirken sich auch auf die Qualität der Pflege aus.

¹ <https://halle.fau.org/2019/06/04/pressemitteilung-gewerkschaft-darf-weiter-grundrechte-wahrnehmen/>

² In der Schweiz zählt Nachtarbeit immer. Je nach Betrieb von 22-05/23-06/24-07 Uhr. Je nach (Un-)Regelmässigkeit muss sie mit 10% Zeitzuschlag (oder 25% Lohnzuschlag) ausgeglichen werden.

Ein anderer Ansatz für den Syndikalismus?

Vor fast einem Jahr erschien ein dünnes Buch mit radikaler These: Es macht eine grundlegende Analyse der syndikalistischen Bewegung und stellt die Frage ob der Kurs noch stimmt. Dieser Artikel versucht die Situation in der Schweiz der Kritik gegenüber zu stellen.

Seit der Krise 2007/2008 erstarken syndikalistische Organisationen in verschiedenen Ländern, seit dieser Krise werden auch die Konzepte „Klasse“ und „Klassenkampf“ wieder vermehrt in der Radikalen Linken diskutiert – auf jeden Fall im interessanteren Teil des Spektrums. Doch ist die Idee einer eigenen, unabhängigen anarchosyndikalistischen Organisation der richtige Weg? Dieser Frage stellt sich – in Bezug auf Deutschland – eine Streitschrift des langjährigen FAU-Mitglieds Torsten Bewernitz. Mit Blick auf die über dreissigjährige Geschichte der FAU Deutschland kommt Bewernitz zum Schluss, dass das Projekt gescheitert sei, da die Mitgliederzahlen immer noch nur im dreistelligen Bereich liegen und kaum eigene Arbeitskämpfe geführt wurden und werden. Als Alternative schlägt er den Umbau der FAU und der *Industrial Workers of the World* IWW von einer Gewerkschaft in eine Ideen-

organisation vor, die an *Worker Center* beteiligt wäre. Das Konzept *Worker Center* kommt aus Nordamerika und ist eine Mischung aus Infoladen, Beratungsstelle und Unterstützungsgruppe oft mit direktem Draht zu den Gewerkschaften. Torsten Bewernitz argumentiert, dass die FAU/IWW oft als spaltende Konkurrenz wahrgenommen wird, dass sie aber auf der anderen Seite so wenig Macht habe, dass viele FAU-/IWW-Mitglieder zugleich auch noch Mitglieder in einer Mitgliedsorganisation des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) sind. Die Macht der FAU und der IWW könne aber vervielfacht werden, wenn sie mit den klassenkämpferischen Linken in den DGB-Gewerkschaften, den sogenannten Gewerkschaftslinken, zusammenarbeiten und Arbeitskämpfe unter dem Schirm der DGB-Gewerkschaften geführt würden. Der Ansatz eines *Worker Centers* ist durchaus interessant, doch kann die Analyse von Torsten Bewernitz auf die Schweiz übertragen werden?

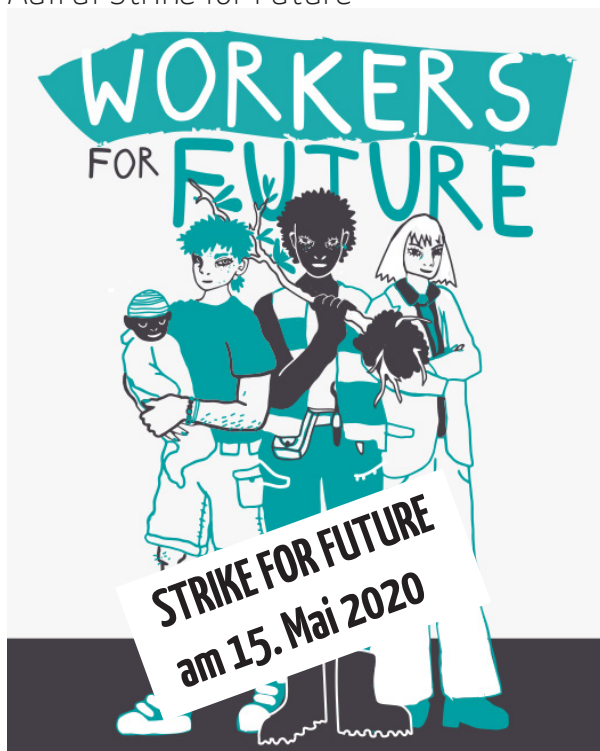
Gewerkschaftslinken in der Schweiz?

Im Gegensatz zu Deutschland, wo es eine durchaus reiche Tradition soge-

nannter Gewerkschaftslinker gibt, existiert diese Tradition in der Schweiz nur in kleinen Spuren. Die einzigen etwas besser vernetzten Aktivist*innen in den schweizerischen Zentralgewerkschaften sind Trotzlist*innen, denen aber wiederum kaum etwas am Aufbau von unabhängigen klassenkämpferischen Netzwerken kämpferischer Arbeiter*innen gelegen ist. Die eigene Organisation und Ideologie steht bei Gruppierungen wie dem *Funke* im Vordergrund. Eine gewisse Zeit existierte das *Netzwerk Arbeitskämpfe*, das eine Vereinigung Gewerkschaftslinker war und auch Arbeitskämpfe begleitete, förderte und vernetzte¹, doch einerseits zerfiel das *Netzwerk* in der Mitte des vergangenen Jahrzehnts und andererseits waren von Anfang an syndikalistische Organisationen beteiligt (FAU Bern und IWW). Dieses Netzwerk führte interessanterweise auch zu einer Praxis, die den *Worker Center* ziemlich ähnlich war: Die FAU Bern unterstützte im Rahmen des Netzwerks *Arbeitskämpfe* und schlug andere Kampfformen und Handlungsoptionen vor. Dies führte aber oft ziemlich

¹ Siehe etwa das Buch über den Arbeitskampf gegen die Schliessung der Kartonfabrik in Deisswil: *Netzwerk Arbeitskämpfe: Der geplante Tod einer Fabrik*. A propos Verlag 2010.

Aufruf Strike for Future



Organisiert gegen die Klimakrise

Wir, die Workers For Future, haben uns organisiert, da wir nicht tatenlos auf die drohende Klimakrise zurasen wollen - und weil wir **soziale Gerechtigkeit** fordern. Denn die Profiteur*innen dieses Wirtschaftssystems sollen die Hauptlast des notwendigen Wandels tragen, nicht die ohnehin ausgebeuteten Arbeiter*innen. **Doch um dies zu erreichen, müssen wir uns von unten her organisieren.**

Statt Klimawandel wollen wir einen Systemwandel hin zu einer Welt, welche diskriminierungsfrei und basisdemokratisch ist und die Produktion durch die Arbeiter*innen kontrolliert wird. Wir wollen eine Produktion, welche sich nach den **Bedürfnissen der Menschen und der Umwelt** richtet, nicht nach dem Profit. **Deshalb rufen wir zum landesweiten Streik am 15. Mai auf**

Falls auch du dich organisieren möchtest, melde dich unter:
info@workersforfuture-bern.ch

oder besuche unsere Website
www.workersforfuture-bern.ch

schnell zu Reibungen mit dem Apparat entweder zwischen den Kämpfenden und den Zentralgewerkschaften oder zwischen den Zentralgewerkschaften und den Unterstützer*innen, da die Funktionär*innen respektive die Zentralen fürchteten, sie könnten die Kontrolle verlieren. Dies führte zu teilweise haarsträubenden Sabotageversuchen seitens der Zentralgewerkschaft: Beim Kampf gegen die Schliessung der Grosssägerei in Domat/Ems GR etwa, wurde ein Kontakt zum Streikkomitee der Officina Bellinzona hergestellt. Einige Arbeiter, unter anderem der schweizweit bekannt gewordene Streikführer Gianni Frizzo, wollten die Arbeiter*innen in Domat/Ems unterstützen und erklärten sich bereit über die Berge zu fahren, um an einer Versammlung zu sprechen. Die Unia wehrte sich mit Händen und Füssen, dass dieser direkte Kontakt zustande kam, was unter anderem in einer offenen Lüge mündete: Ein Unia-Sekretär der ein paar Jahre vorher für die Officine verantwortlich war, sagte kurzfristig die Unia könne kein Auto zur Verfügung stellen, da der Pass wegen Schnee gesperrt sei, was offensichtlich nicht der Fall war. Für klassenkämpferische Funktionär*innen innerhalb der SGB-Gewerkschaften ist es gleichzeitig nicht einfacher Kämpfe zu beginnen oder wenn dies klappt die eigene Funktion zu behalten: Funktionär*innen, die dies versuchten, wurden bei der Unia in schwierige Regionen mit tiefem Organisationsgrad „verbannt“ (meistens Luzern/Innerschweiz) oder in höhere Funktionen „zwangsbefördert“, wo sie nichts mehr ausrichten konnten und nicht wenige mussten die Gewerkschaften verlassen und sich eine neue Stelle suchen. Die Zentralgewerkschaften sind dominiert von verschiedenen Seilschaften, die zumindest teilweise auf trotzkistische, operaistische und maoistische Gruppen und Sekten der siebziger und achtziger Jahre zurückgehen. Eine von diesen Netzwerken unabhängige Linie muss fast zwangsläufig als Bedrohung wahrgenommen werden und wird mit aller Wahrscheinlichkeit aufgerieben werden.

Umbruch in der Gewerkschaftswelt

Legitimität verloren die Gewerkschaften in all den vom Netzwerk begleiteten Fällen, was sich etwa in Austritten nach Beendigung der Kämpfe zeigte. Aber nicht nur bei diesen: Es kam in den letzten drei Jahren gleich in zwei Regionen (Zürich und Genf) zu umfangreicheren Fällen von sexueller Belästigung durch Unia-Funktionäre an Mitarbeiter*innen, dazu kommen sexistische Vorgehensweisen, wie etwa, dass in manchen Regionen gezielt junge, hübsche Funktionärinnen auf Baustellen geschickt werden, um Mitglieder zu werben.

Dazu kommen Mauscheleien und Säuberungen: Im Kanton Waadt sprachen sich Unia-Funktionäre mit Baumeistern ab, um Gelder aus der Kantonalen Arbeitslosenstellen zu ertrügen. Der *Cais-*

der Unia ausgeschlossen, weil sie es gewagt hatten, ernstgemeinte Gewerkschaftsarbeit zu machen. Diese und andere Fälle führten dazu, dass in den letzten Jahren einige neue Gewerkschaften entstanden, die sich zumindest in Teilen (wie übrigens auch das Streikkomitee der Officina Bellinzona) auf syndikalistische Ideen berufen: In Basel und Umgebung die Basis21 (vor allem Bau), in der Waadt die ART-IE (Elektriker*innen) und im Wallis die SAP (Post).

Die SGB-Gewerkschaften erinnern in den letzten Jahren eher an Wahlhilfe-Apparaturen für diverse SP-Politiker (und einige wenige SP-Politikerinnen), als an kämpferische Gewerkschaften. In dieses Bild passt auch, dass in den letzten Jahren einige Male über die Urne versucht wurde, verbindliche Minimalstandards zu setzen, was jedes Mal kläglich gescheitert ist. Vollmundig verkündete Organizing-Ansätze führten, wenn überzeugte Funktionär*innen verantwortlich waren, zwar zu interessanten Arbeitskämpfen (etwa SPAR in Baden-Dättwil), doch auch dort wurde alles der Staatsräson unterworfen – was der Zentrale nicht passte, wurde unterdrückt und/oder fallengelassen.

Ein anderer Weg?

In diesem, von den deutschen Verhältnissen gänzlich unterschiedlichen Umfeld, erscheint es zielführender einen anderen, als der von Torsten Bewernitz vorgeschlagenen, Weg einzuschlagen: Die FAU Bern als Gewerkschaft zu stärken und mehr Mitglieder zu gewinnen und gleichzeitig versuchen die neu entstandenen und schon länger bestehenden kämpferischen Gewerkschaften ausserhalb des SGB unter einem Dach zu bündeln. Denn einerseits ist die FAU Bern zwar seit kurzem zwanzigjährig, doch erst in den letzten etwa fünf Jahren findet ein Umbau von einer syndikalistischen Ideenorganisation zu einer Gewerkschaft statt und andererseits scheint es kaum möglich mit den Zentralgewerkschaften voranzukommen, wenn diese vor allem am eigenen Machterhalt interessiert sind und jeglicher ernsthafter Gewerkschaftsarbeit Steine in den Weg legen.



Das Buch von Torsten Bewernitz erschien 2019 im Verlag Buchmacherei.

se Cantonale de Chômage (CCC) wurde gemeldet, dass Arbeiter bei Baufirmen angestellt seien, obwohl dies nicht stimmte. Dies erlaubte, bei einem späteren Konkurs und Zahlungsunfähigkeit der Baufirmen an Entschädigungszahlungen heranzukommen. Und ebenfalls im Kanton Waadt wurde ein ganzes Aktionskomitee von Elektriker*innen aus

Kurzer und kritischer Rückblick auf die Ereignisse des Novembers 1922 in Ecuador Teil 1

Vorwort des Übersetzers

1922 kam es in Ecuador zu mehreren Streiks und einem Aufflammen des Klassenkampfes. Im November überschlugen sich die Ereignisse und es kam nicht nur zu einem Generalstreik, sondern auch zur Ausrufung von Arbeiter*innenräten. Zentrum dieser Auseinandersetzung war die Hafenstadt Guayaquil. Dieser Text¹ setzt sich kritisch mit den Ereignissen jener Zeit auseinander.

Der Originaltext zur vorliegenden Übersetzung, welche ihr auf der rechten Seite findet, wurde von der Gruppe „Proletarios Revolucionarios“ aus Quito, Ecuador, publiziert. „Proletarios Revolucionarios“ bestand von 2009 bis 2016 und verstand sich, grob gesagt, als revolutionärer linkskommunistisch-anarchistischer Zusammenschluss. Der Blog der Gruppe ist immer noch online (<https://proletarios-revolucionarios.blogspot.com/>) und wird mittlerweile nur noch von einer Person verwaltet, die regelmässig neues Material hochlädt. Insbesondere während dem 11-tägigen Aufstand in Ecuador im Oktober 2019, wurden interessante Analysen, wie auch Agitationsmaterial publiziert. Die vorliegende Übersetzung jedoch, beschäftigt sich mit einem fast 100 Jahre alten historischen Ereignis, das für jene Leute, die sich mit der Geschichte der Arbeiter*innenklasse und ihren Kämpfen auseinandersetzen, von Interesse sein kann. Die Gründe, diesen Text zu übersetzen, liegen also auf der Hand: Einerseits, um ein historisches Bewusstsein zu entwickeln, das über den vorherrschenden Eurozentrismus hinausweist und andererseits, weil der flüchtige Sowjet von 1922 in der Hafenstadt Guayaquil (Ecuador), nicht nur im hiesigen Kontext, meist vollkommen unbekannt ist.

Auch wenn ich mehrere Diskrepanzen mit einigen aufgeworfenen Thesen dieses Textes habe, und auch das verwendete Vokabular teilweise für Stirnrunzeln

und Skepsis sorgen mag, hielt mich das nicht davon ab, den Text zu übersetzen. Dies weil, trotz der teilweise antiquierten Kampfbegriffe, die, wie noch zu sehen sein wird, nicht der üblichen autoritären Definition entsprechen, es sich bei den Verfasser*innen des Textes um einige der wenigen kommunistisch/anarchistischen Gruppen aus Ecuador handelt, die im Grossen und Ganzen, angesichts der ganzen Bandbreite aus sozialdemokratischen, maoistischen und marxistisch-leninistischen Kleingruppen, erfrischend wirken.

veraltete Begriffe

Gehen wir kurz auf den ersten problematischen Aspekt dieses Textes ein: Die antiquierten Kampfbegriffe wie z.B. Weltpartei bzw. historische Partei und Diktatur des Proletariats. Beide Begriffe werden berechtigterweise bei vielen Leser*innen für Kopfschütteln sorgen. Denn es sind Begriffe, die man heutzutage meist mit autoritär-kommunistischen Regime assoziiert, auch wenn sie aus linkskommunistischer Tradition eine andere Bedeutung haben. Unter Diktatur des Proletariats beispielsweise ist nicht die Übernahme der Staatsmacht und die Etablierung eines brutalen und autoritären Regimes gemeint, das trotz Personenkult und Terror sich mit revolutionären Parolen schmückt, sondern die bewusste Errichtung einer Gesellschaft, in der sich die Bedürfnisse der Menschen gegenüber der Diktatur des Marktes, des Privateigentums und der zentralisierten Macht des Staates durchsetzen. Der Begriff „Diktatur des Proletariats“ beinhaltet in diesem Sinne die Feststellung, dass die soziale Revolution, wenn sie erfolgreich sein möchte, sich gegen die Interessen des Kapitals und seinen politisch-juristischen Institutionen durchsetzen muss. Die herrschende Klasse wird niemals freiwillig ihre Privilegien aufgeben. Unter „historische Partei“ hingegen, ist ein weltweites Netzwerk gemeint, das einerseits dem internationalistischen Anspruch

der sozialen Revolution gerecht wird und andererseits all die vergangenen Erfahrungen des Klassenkampfes in sich aufnimmt, analysiert und weiterentwickelt.

veraltete Theorien

Doch neben diesen begrifflichen Problemen, gibt es einen weiteren Aspekt dieses Textes, den ich weitaus problematischer finde: Die kritiklose Übernahme bordigistischer Thesen. In Anlehnung an den 1952 von Amadeo Bordiga publizierten Text namens „Die historische Invarianz des Marxismus“ wird von einem unabänderlichen und transhistorischen revolutionären Programm ausgegangen: Dem Kommunistischen Manifest von 1847/1848. Dieses soll, unabhängig von den historischen Veränderungen, uneingeschränkte Gültigkeit haben. In einem Handumdrehen wird so der Fehler jeglicher revolutionären Ambition bis dato ausfindig gemacht: Das Nichteinhalten des revolutionären Programms. Das dabei eine historische Verkürzung droht, ist meines Erachtens augenfällig. Eine anfängliche kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte mutiert so zu einer Weltanschauung die, wie üblich in linken Kreisen, davon spricht „Lehren aus der Geschichte zu ziehen“ – was per se schon problematisch sein kann, weil diese Anforderung nur durch ein zyklisches Geschichtsverständnis aufrechtzuerhalten ist – aber genau das Gegenteil macht: Mit vorgefertigten Idealen an die Geschichte heranzutreten und den jeweiligen Akteur*innen jener Zeit in fast moralisierender Manier mangelndes Bewusstsein, Entschlossenheit oder Kampfeswille vorzuwerfen. Nichtsdestotrotz ist der vorliegende Beitrag von enormer Wichtigkeit und hoffentlich wird in Zukunft eine weitaus tiefgründigere und längere Analyse der Genoss*innen zu lesen sein.

M. Lautréamont,
Zürich, 2019

¹ Dies ist die korrigierte Version eines Entwurfs vom 15. November 2017.

Über den November 1922 in Ecuador

1. Der vorliegende Rückblick ist nur das „Grundgerüst“ einer zukünftigen Analyse unsererseits, die gründlicher und umfassender ausfallen soll, als der gegenwärtige Abriss. Daher seine Kürze. Die Vertiefung der hier angesprochenen Sachverhalte und Ideen bleibt also bis auf Weiteres aus, denn sie wird einige Zeit in Anspruch nehmen, zumal sie genug Material für ein Buch umfasst. Dennoch ist dieser Rückblick ein kritischer, denn, wie bereits Lukács¹ sagte: „Das Proletariat darf keine Selbstkritik scheuen, denn seinen Sieg kann nur die Wahrheit bringen und Selbstkritik muss deshalb sein Lebelement sein.“ Nur auf diese Weise können - mit der Perspektive einer globalen sozialen Revolution im Hinterkopf - aus den Niederlagen in den Kämpfen gegen das Kapital wichtige Lehren gezogen werden. In diesem Sinne ist jeder proletarische und revolutionäre Rückblick, egal wie kurz und unvollendet er sein mag, (selbst-)kritisch oder er ist keiner.

2. Dieser historische Rückblick ist aus verschiedenen Gründen wichtig: Wir denken, dass die Ereignisse die im November 1922 vor allem Guayaquil erschütterten, aufgrund des internationalen Kontextes und der historischen Bedeutung derselben, aus dem Vergessen und auch der Unwissenheit gerettet werden müssen, damit sie als Bestandteile des historischen Gedächtnisses des lokalen und internationalen Proletariats anerkannt werden. Bis heute gab es in Ecuador keine Einschätzung der erwähnten Ereignisse aus einer proletarischen, kommunistisch-anarchistischen und internationalistischen Perspektive, dies ist die erste und einzige solcher Art.

Die Auseinandersetzung mit den Ereignissen im November 1922 in Ecuador ist wichtig, weil heutzutage die kapitalistische

¹ György (auch: Georg) Lukács war ein ungarischer Philosoph, Literaturwissenschaftler und -kritiker. Er gilt als bedeutender Weiterentwickler der marxistischen Philosophie und Theorie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Ausbeutung / Herrschaft und der proletarische Kampf weiterbestehen, eine Tatsache, die wir an unserem eigenen Leib erleben. Denn als Proletarier*innen sind unsere Todesfeinde dieselben geblieben: Die Gesellschaft des Kapitals und ihr Staat.

Der Kampf gegen die Klassengegner*innen und für die Durchsetzung wahrer menschlicher Bedürfnisse beinhaltet immer noch die Notwendigkeit der sozialen Revolution. Wir befinden uns weiterhin im Klassenkampf und sowohl die Revolution als auch die Konterrevolution sind unbiegsame Bestandteile des historischen Prozesses.



Zwischenkriegszeit

3. Der internationale Kontext dieses historischen Kampfes war: Kapitalistische Krise, imperialistischer Krieg und proletarische Revolution. Zwei grosse Ereignisse prägten diese Zeit: der Erste Weltkrieg (1914-1919) und die Russische Revolution (1917). In Ecuador wirkte sich all dies auf besondere Art und Weise aus: Kakao-Krise (dazumal das wichtigste nationale Exportprodukt), steigende Lebenshaltungskosten und Aufschwung der Arbeiter*innenbewegung, vor allem in Guayaquil, dem „Haupthafen“. Aus diesem Grund waren die Ereignisse des Novembers 1922 in Ecuador, wie auch die von Gorter² analysierten Ereignisse vom März 1921 in Deutschland, tatsächlich Teil des „ersten Angriffs des Proletariats gegen die Klassengesellschaft“ von

² Herman Gorter, niederländischer Rätekommunist (Anm. d. Ü.).

1917 bis 1923, wie die Genoss*innen von Anarquía & Comunismo³ sagen. Sie können nur in einem welthistorischen Kontext verstanden werden.

4. Wir sprechen über die Ereignisse im November 1922 und nicht nur über das Massaker an den Arbeiter*innen am 15. November 1922, weil letzteres nur ein Moment und ein Bruchpunkt eines größeren Zyklus von Kämpfen auf lokaler Ebene war, die sich seit Jahren, Monaten, Wochen und vor allem Tagen davor angehäuft hatten und auch nach dem 15. November weitergeführt wurden. In der Tat fanden anfangs November, also vor dem Streik oder „Generalstreik“ vom 13. bis 16. November, mehrere sektorale Streiks statt (Eisenbahnen, Stadtverkehr, Kakao, Werften, verschiedene Berufe ...). Aus Gründen wie diesen sagte Marx⁴, dass es in der Geschichte zwanzig Tage gibt, in denen sich vieles verdichtet und all das passiert, was in den zwanzig Jahren zuvor nicht geschehen ist. Aussergewöhnliche, erschütternde und entscheidende Tage.

5. Sowohl aufgrund des Kontextes und der Perspektive als auch wegen der geringen und / oder begrenzten Diskussion über dieses Vorkommnisse sind für uns die relevanten Ereignisse dieser Tage, und somit die beiden zentralen Achsen unserer Bilanz, folgende: Der Sowjet von Guayaquil und die aktiven Minderheiten revolutionärer Anarchist*innen - wie Alejo Capelo.

Zahmer Arbeiter*innenrat

6. Der Sowjet oder der Arbeiter*innenrat von Guayaquil, der durch das Streikkomitee am 13. November 1922 gegründet und von der „Gran Asamblea de Trabajadores“ [„Vollversammlung der Arbeiter“, Anm. d. Ü.] geleitet wurde, die überwiegend aus Leuten der anarchosyndika-

³ Eine anarchistisch-kommunistische Zeitung aus Chile die seit 2014 erscheint. <https://anarquiycomunismo.noblogs.org/> (Anm. d. Ü.).

⁴ Mit „aus Gründen wie diesen“ ist wohl die Anhäufung der Kämpfe im November 1922 gemeint (Anm. d. Ü.).

(Fortsetzung auf Seite 10)

listischen „Federación de Trabajadores Regional Ecuatoriana“ [„Föderation der Arbeiter Ecuadors“, Anm. d. Ü.] bestand, ist eine wichtige historische Errungenschaft unserer Klasse im hiesigen Kontext, vor allem was die konkrete Organisationsform des autonomen Kampfes und die über Jahre hinweg erreichte soziale Kraft angeht. Tatsächlich gab es weder vor noch nach dem November 1922 etwas ähnliches in diesem Land. Sogar der alte bürgerlich-liberale Historiker Oscar Efrén Reyes (1896-1966) spricht über die Existenz der „von Arbeitern kontrollierten Sowjets in Guayaquil“⁵, und davon dass „ganz Guayaquil nur aus proletarischen Massen zu bestehen schien“. In der Tat, an jenem Tag übernahm der Arbeiter*innenrat die Kontrolle über die Stadt, so dass sogar die bürgerlichen Autoritäten eine Genehmigung des Streikkomitees beantragen mussten, um mit ihren Luxusfahrzeugen durch die Stadt zu fahren. Der Anarchosyndikalist Alejo Capelo, Protagonist dieser Tage, erinnert sich: „Am 13ten sollte das Proletariat von Guayaquil den Traum Wirklichkeit werden lassen. Die Menschen, entrüstet durch die Unterdrückung und den Zynismus der Tyrannen, nehmen sich die Stadt und Guayaquil ist auf magische Weise den Ereignissen von Barcelona vom 19. Juli 1936, 14 Jahre voraus. Die Arbeiter kontrollieren die Stadt“⁶. Nun, obwohl der Arbeiter*innenrat ein proletarisches Werkzeug war, und es dadurch in Ecuador zu einer instabilen und flüchtigen „Doppelherrschaft“⁷ kam, welche mittels der Übernahme des Haupthafens die Kraft der Bourgeoisie herausforderte, war er strenggenommen leider nicht revolutionär, vor allem aufgrund seiner Unklarheit und des Fehlens eines unnachgiebigen Programms

⁵ Oscar Efrén Reyes (1949). *Breve Historia General del Ecuador*, cit. en Patricio Ycaza (1984). *Historia del Movimiento Obrero Ecuatoriano. Primera Parte (de su génesis al Frente Popular)*. Quito: Centro de Documentación e Información de los Movimientos Sociales del Ecuador-CEDIME, S. 147.

⁶ Alejo Capelo zitiert nach Carlos Pazmiño (2008). *Alejo Capelo y el 15 de Noviembre de 1922*. Zu finden auf: <https://www.anarkismo.net/articulo/10956>

⁷ José Luis Tamayo der „Radikalliberalen Partei Ecuadors“ war zu jener Zeit Präsident Ecuadors. (Anm. d. Ü.)

der Klasse. Auch der Demokratismus oder die konstanten internen Vollversammlungen waren ein Problem⁸.

Reaktionäre Kräfte in den Versammlungen

Konkret zeigten sich die Schwächen des Arbeiterrats in Folgendem: In der Vollversammlung der Arbeiter am 14. November, wurden reformistische und sogar reaktionäre Kräfte geduldet, vor allem die Confederación Obrera del Guayas [„Arbeiterföderation von Guayas“, Anm. d. Ü.], welche die Interessen der herrschenden Klasse vertraten. Die-



Guayaquil ist die grösste Stadt Ecuadors. Vom 13.-15. November 1922 kam es dort zum Generalstreik, welcher am 15. blutig niedergeschlagen wurde.

sen Kräften gelang es, ein anti-proletarisches, dem Wesen nach bürgerliches Programm durchzusetzen: Sie forderten die Regierung auf, den Wechselkurs der Währung und den Sucre⁹ zu verteidigen. Im selben Zug vernachlässigten sie den Kampf für Gehaltserhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen. D. h., dass, abgesehen von der Ignoranz und der politischen Naivität der Arbeiter*innen und Handwerker*innen im Streik, der grösste Fehler dieser Form der Organisation im mangelnden Bruch mit dem kapitalistischen Programm und seiner Ideologie lag, was dazu führte, dass der proletari-

⁸ Dies ist eine charakteristische Schwäche des Anarchosyndikalismus, der Räte und des Sowjetismus.

⁹ Der Sucre war von 1884 bis 2000 die offizielle Währung Ecuadors. (Anm. d. Ü.)

sche Kampf gegen das Kapital und den Staat aufgegeben wurde. Obwohl die bloße Existenz des Arbeiter*innenrats in dieser welthistorischen Periode des Klassenkampfes positiv und bemerkenswert ist¹⁰, zeigen die Positionen wie auch die konkreten Aktionen des anarchosyndikalistischen Sowjets von Guayaquil im November 1922 klar die anhaltende Gültigkeit einer der wichtigsten Lehren der kommunistischen Linken Italiens (wir sprechen von Bordiga und denen die heute – wie die Genoss*innen der „Internationalistische Kommunistische Gruppe“ und Guillamón¹¹ – diese Analysen lebendig halten): Der Kampf für die soziale Revolution ist nicht eine Frage der Organisationsform (wie Arbeiterräte oder Sowjets), vielmehr geht es um soziale Inhalte, es geht um echte Klassenbedürfnisse und reale Machtverhältnisse, die sich in Form eines lebendigen Programms ausdrücken, es geht daher um konkrete Massnahmen oder Aktionen. Denn der Kommunismus ist die reale Bewegung und die Diktatur der menschlichen Bedürfnisse über die Diktatur des Werts, oder er ist nicht. Aber im hier behandelten Fall passierte genau das Gegenteil: Während der angespannten und entscheidenden Momente im November 1922 wurde innerhalb des Arbeiter*innenrats, sprich innerhalb einer proletarischen Organisation, die während fast drei Tagen die grösste Stadt Ecuadors unter Kontrolle hatte, nicht einmal ein sozialdemokratisches Arbeiter*innenprogramm durchgesetzt, sondern ein durch und durch bürgerliches Programm.

Proletarios Revolucionarios
Übersetzung M. Lautréamont

Teil 2 findet ihr in der nächsten Ausgabe #63

¹⁰ Wir finden es interessant und wichtig zu erwähnen, dass der Sowjet von Guayaquil in der im März 2017 publizierten interaktiven Karte der Arbeiterräte (1917-1927), auf der englischen Seite libcom (“libertarian communism”) zu finden ist: <https://libcom.org/history/interactive-map-workers-councils-1917-1927>, die spanische Übersetzung ist auf: <https://autogestioa.wordpress.com/tag/consejos-obreros/>. Auch auf der Karte der „Revolutionären Welle von 1917/1923“ in der Zeitung *Anarquía & Comunismo* nr. 10: Spezielle Ausgabe zu den 100 Jahren der russischen Revolution, Santiago de Chile, Oktober 2017, S. 4, wird der Sowjet erwähnt: <https://anarquiycomunismo.noblogs.org/post/2017/11/10/anarquia-comunismo-n10-especial-a-100-anos-de-la-revolucion-rusa/>

¹¹ Gemeint ist Augustín Guillamón, ein spanischer Historiker der sich vor allem mit der Spanischen Revolution von 1936 beschäftigt. (Anm. d. Ü.)

Nieder mit den Restaurants ist eine Agitationsbroschüre der etwas anderen Art. Während solche Schriften nicht selten ihre Leser*innen mit Bleiwüsten quälen, versucht prole.info einen anderen Weg zu gehen.

Die Broschüre bietet zunächst einen Abriss über die Geschichte der Restaurants und erklärt, wie deren Aufkommen mit dem Aufstieg des Industriekapitalismus zusammenhängt. Aufgrund der Arbeitsbedingungen war es vielen Lohnarbeiter*innen nicht mehr möglich, ihre (Mittags-)Mahlzeiten zu Hause einzunehmen. So sind sie gezwungen, sich auswärts zu verpflegen, was seit Entstehen der Restaurant-Industrie zumindest in unseren Breitengraden die teurere Variante ist. Das höhere Bürgertum und die Aristokratie hingegen waren auf Restaurants nie angewiesen, denn sie hatten Personal in ihren Haushalten. Die Funktion als Ausgangsort erhielten Restaurants erst später.

Auf diesen historischen Überblick folgt eine auf den Restaurantbetrieb zugeschnittene Analyse und Kritik der Lohnarbeit. Bemerkenswert ist die Sprache: Das theoretische (marxistische) Vokabular ist aufs Minimum reduziert, was dem Inhalt jedoch überhaupt keinen Abbruch tut, im Gegenteil. Die Klarheit und Zugänglichkeit der Sprache lässt hoffen, dass das Buch tatsächlich auch von mehr Menschen als den üblichen Verdächtigen gelesen wird. Ein Restaurantbetrieb bedeutet nicht nur Ausbeutung sondern auch physische Strapazen: Mensch muss nicht nur viel stehen und / oder herumlaufen, stinkt nach Feierabend nach abgestandenen Küchengerüchen, sondern muss im Kund*innenkontakt auch noch stets ein nettes Lächeln aufsetzen, während gewisse Menschen förmlich die Macht genießen, über die Höhe des Trinkgeldes zu bestimmen.

Eine verkürzte Kritik der Kollektivbetriebe

Im zweiten Teil, „Wie ein Restaurant zerlegt wird“, wird die Selbstorganisation der Arbeiter*innen propagiert und Gewerkschaften sowie alternative Arbeitsformen wie Kollektive kritisiert. Tatsächlich kann und soll an ihnen solidarische Kri-

tik geübt werden, doch diese Arbeitsform damit abzutun, dass sie den Kapitalismus auch nicht überwindet – was hoffentlich den in Kollektivbetrieben Arbeitenden ohnehin klar ist – greift zu kurz. Unerwähnt bleibt der Umstand, dass solche Betriebe aufzeigen können dass hierarchiebefreite Zusammenarbeit den kapitalistischen Widersprüchen zum Trotz heute bereits möglich ist. Gleichzeitig wäre es freilich idealistisch im schlechten Sinne, die Nachteile zu verschweigen, doch diese müssten ausführlicher behandelt werden als in der Kritik von *prole.info*. Zum einen erzeugt die



prole.info

NIEDER MIT DEN RESTAURANTS

Zum Buch:

prole.info:
Nieder mit den Restaurants
Bahoe Books, 2017
66 Seiten, 7,80 Euro,
ISBN 978-3-903022-56-0

Mitarbeit in einem Kollektivbetrieb eine ganz eigene Art von Druck: Wenn mensch blau macht, lässt er*sie die Kolleg*innen im Stich, sein*ihr Verhalten kann als un-solidarisch wahrgenommen werden. Ein Kollektivbetrieb kann auch nicht sabotiert oder bestreikt werden, um es den Bossen / dem Kapital zu zeigen. Zum anderen finden in Kollektivbetrieben eher Menschen zusammen, die mit den kapitalistischen Verhältnissen unzufrieden sind – damit

fehlen sie andernorts, wo sie wirkungsvoll syndikalistisch aktiv sein könnten.

An der *Motivation* der Kritik rüttelt dies freilich nicht, denn tatsächlich reicht es nicht, sich selbst zu organisieren, wenn nicht im gleichen Zug das kapitalistische System bekämpft wird.

Illustratorisch originell, typographisch fad

Während die sprachliche Zugänglichkeit gewährleistet ist, sind auf der gestalterischen Ebene leider nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft worden. Gerade die analytischen Passagen sind textlastig und die Textrahmen vollgefüllt. Das erinnert an Webcomics wie *xkcd*. Die Illustrationen wirken eher wie Ergänzungen zum Text als dass beide ineinander gleichrangig verwoben wären. Auch die Schriftart passt nicht so recht zur graphischen Gestaltung.

Interessant ist die Gestaltung der Figuren. Sie sind durchgehend gesichtslos. Das sieht zunächst nach einem*einer faulen Zeichner*in aus, ergibt jedoch Sinn: Dadurch werden die Figuren gänzlich durch ihre Kleidung charakterisiert. Gezeigt werden sie entweder in ihrer Arbeitskluft als austauschbare Lohnarbeiter*innen oder in (scheinbar) individualisierender Freizeitkleidung.

Plötzlich militant

Der letzte Teil, «Eine Welt ohne Restaurant» imaginiert eine revolutionäre Umwälzung, die etwas romantisch wirkt. Die Bildsprache wird auf einmal militant. Der Bruch mit den vorangehenden Analysen kommt unvermittelt und suggeriert den Eindruck, mensch brauche sich bloss eben mal syndikalistisch zusammenzutun und dann klappe es auch gleich mit der Revolution. So einfach ist die Sache eben nicht. Analog zum Teil über die Kritik an Kollektivbetrieben fehlt es hier an Nuancierung.

Dennoch handelt es sich bei *Nieder mit den Restaurants* um ein lesenswertes Buch, das einen Schritt darstellt in die Richtung, wie Agitation anders betrieben werden kann.

Barry Bernhard

Die Freie Arbeiter_innen Union Bern ist eine Gewerkschaftsinitiative aus dem Raum Bern. Aufbauend auf anarcho-syndikalistischen Prinzipien versteht sie sich als basisdemokratische und kämpferische Alternative zu den sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaften. Sie ist:

KÄMPFERISCH: Weil die Interessen der Arbeiter_innen denjenigen des Kapitalist_innen radikal entgegengesetzt sind. Weil die grossen sozialen Fortschritte nur durch soziale Kämpfe und Mobilisierungen errungen wurden.

SELBSTBESTIMMT: Weil Entscheidungen von den Direktbetroffenen getroffen werden sollen und nicht von Parteispitzen und Funktionär_innen. Weil Hierarchien im Gegensatz zu einer egalitären und selbstorganisierten Gesellschaft stehen.

SOLIDARISCH: Weil einzig Reflexion, gegenseitige Hilfe und die berufsübergreifende Aktionen den Gruppenegoismus überwinden können.

ANTI-KAPITALISTISCH: Weil wir diejenigen sind, welche alle Güter herstellen und alle Dienstleistungen erbringen, sollen sich diese nach dem Wohle der Gemeinschaft orientieren und nicht nach dem Profit einiger weniger. Wir denken deshalb, dass der Syndikalismus an einem politischen Projekt für eine gerechte, egalitäre und freie Gesellschaft arbeiten muss. Das heisst an einem revolutionären Projekt.

Schwarze Katze?

Die schwarze Katze als Symbol für selbstorganisierte Arbeitskämpfe wurde im frühen 20. Jahrhundert vom IWW-Mitglied Ralph Chaplin erschaffen. Die Katze, auch „Sab Cat“ genannt, wird heute von libertären Gewerkschaften auf der ganzen Welt als Symbol verwendet. Wir freuen uns über Kommentare, Rückmeldungen und Kontakte an:

info@faubern.ch oder
zeitung@faubern.ch



Sexuelle Belästigung

Es gibt viele Betroffene von sexueller Belästigung am Arbeitsplatz. Sexuelle Belästigung ist (laut Gesetz):

Jedes Verhalten sexueller Natur oder ein anderes Verhalten aufgrund der Geschlechtszugehörigkeit, das die Würde von Frauen und Männern am Arbeitsplatz beeinträchtigt. Darunter fallen insbesondere Drohungen, das Versprechen von Vorteilen, das Auferlegen von Zwang und das Ausüben von Druck zum Erlangen eines Entgegenkommens sexueller Art. (Gleichstellungsgesetz Art. 4)

In vielen Fällen gehen die Belästigungen von Vorgesetzten aus. Sexuelle Belästigung ist eine Verletzung des Persönlichkeitsrechts und jeder Betrieb ist verpflichtet, die Angestellten vor einer sexuellen Belästigung zu schützen (Verbot der sexuellen Belästigung im Gleichstellungsgesetz). Wenn Arbeitgeber*innen dieser Pflicht nicht nachkommen, kann es für sie sehr teuer werden, denn das Opfer kann eine Entschädigung verlangen!

Es gibt Möglichkeiten, sich gegen sexuelle Belästigung zu wehren. Wichtig ist dabei, dass Beschwerden an Chef*innen dokumentiert sind, damit sie nicht behaupten können, sie hätten von nichts gewusst. Sprich mit Kolleg*innen deines Vertrauens über dein Problem. Oft sind mehrere Personen von einer Belästigung betroffen und diese Zeugenaussagen sind sehr wichtig. Wenn du es noch aushalten kannst: **Kündige nicht deine Stelle!**

Denn dann kommen die übergriffigen Personen einfach davon und das ganze geht bei jemand anderem weiter.

Sowohl die klagende Person wie auch Zeug*innen geniessen in einem Verfahren 6 Monate Kündigungsschutz.

Wenn du Zeug*in oder betroffen von sexueller Belästigung bist, nimm mit der FAU Kontakt auf.

weitere Adresse:

www.sexuelle-belaestigung.ch

Mobbing

Mobbing ist psychische Belästigung am Arbeitsplatz. Es wird von Mobbing gesprochen, wenn eine Person am Arbeitsplatz schikaniert, belästigt, beleidigt, ausgegrenzt wird oder wenn diese Person kränkende Arbeitsaufgaben erhält. Oft erscheinen die einzelnen Handlungen unwesentlich, aber durch die dauernde Wiederholung können sie verheerende Auswirkungen für die Betroffenen haben. Druck auf dem Arbeitsmarkt, hohe Arbeitslosigkeit, verschlechterte Arbeitsbedingungen, Leistungslöhne, Umstrukturierungen, Firmenfusionen, Entlassungswellen, usw. fördern das Mobbing.

Was tun im Falle von psychologischer Belästigung? Warte nicht ab, bis sich die Situation vergiftet hat, lass dich vorher beraten. Notiere die Chronologie der Fakten und such auch die Unterstützung bei deinen Kolleg*innen. Die FAU hilft dir bei der Intervention bei Arbeitgeber*innen und steht dir während des ganzen Ablaufs zur Seite.

Wenn eine Gewerkschaft gut im Betrieb verankert ist, dürfte eine Konfliktlösung leichter fallen.

Auch bei Mobbing gilt: Chef*innen sind verpflichtet, die Integrität der Arbeiter*innen zu schützen.

Impressum

di schwarzi chatz
Quartiergasse 17
Postfach 2368
3001 Bern

Auflage: 350
Konto: 30-276725-1

erscheint 6 mal jährlich (Änderungen vorbehalten)

Kontakt

di schwarzi chatz
zeitung@faubern.ch
FAU Bern - Syndikat aller Berufe
info@faubern.ch